

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Sparkassen
Waltraud Brandner, Chefin der Sparkasse Scheibbs, über die Aufgaben einer Regionalbank
>> Seite 3



Unternehmerische Verantwortung
Thomas Uher (Erste Bank) und Stefan Szyszkowitz (EVN) diskutierten in der Julius Raab Stiftung
>> Seite 6



Europa
Die Regulierung der Anlageberatung sorgt für Aufruhr
>> Seite 7



Christian Keuschnigg: „Es braucht einen verbindlichen Reformfahrplan. Die Regierung könnte damit glaubwürdig ihren längerfristigen Konsolidierungswillen dokumentieren und gleichzeitig Klarheit sowie Berechenbarkeit schaffen.“

„Mit einem Reformplan endlich Klarheit schaffen“

Sorgen um den dringend notwendigen Konjunkturaufschwung macht sich IHS-Chef Prof. Christian Keuschnigg, wenn die heimische Politik den Bankensektor als Quelle der Wachstumsfinanzierung vernachlässigt. In der gegenwärtigen Form sei die österreichische Bankenabgabe keine Lenkungssteuer, sondern rein fiskalisch motiviert, komme zu den anderen Belastungen dazu und erschwere daher die Kreditversorgung. Darüber hinaus plädiert Keuschnigg im folgenden Interview für einen „Reformfahrplan“, mit dem die amtierende Regierungskoalition wieder die Sicherheit und Berechenbarkeit vor allem bei Investoren schaffen sollte.

Sparkassenzeitung: Herr Prof. Keuschnigg, Sie haben sich in den vergangenen Monaten mehrmals öffentlich sehr kritisch zur Bankenabgabe in Österreich geäußert. Wo setzen Ihre Bedenken konkret an?

Keuschnigg: Ziel der Wirtschaftspolitik ist es doch, die Banken in Zukunft stabiler und krisenresistenter zu machen. Dazu dienen Regularien wie etwa Basel III sowie die Maßnahmen, die rund um die Schaffung der Europäischen Bankenunion beschlossen worden sind. Also etwa der Insolvenzfonds, der ab sofort auch von der österreichischen Kreditwirtschaft zu dotieren sein wird. Die Banken sicherer zu machen ist ein wichtiges Ziel. Man kann das entweder über die Regelwerke Basel III und die Selbstversicherung als Teil der neuen Bankenunion oder über zusätzliche

Steuern erreichen. Die Banken sollen gezwungen werden, weniger Risiko zu nehmen und notfalls selbst für ihre Insolvenz aufzukommen, damit nicht wieder der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Wenn es ein Problem gibt, muss man es einmal lösen, aber nicht zweimal. Die österreichische Bankensteuer, die im Vorjahr nicht weniger als 588 Mio. Euro ausmachte, erweist sich als zusätzliche Belastung, die im Sinne der vorhin definierten Ziele jedoch keinen nennenswerten Lenkungseffekt hat. Fazit: Die heimische Kreditwirtschaft zahlt doppelt. Wollen die Institute nun die vorgeschriebenen Eigenkapitalvorschriften

erfüllen, so müssten sie entweder die Gebühren und Kreditzinsen anheben oder die Kreditvergabe drosseln.

Das heißt Ihre Bedenken sind struktureller Art.

„Lohnsteuer treibt die Arbeit aus dem Land“

... weil eben Lenkung ein Verhaltensziel ist, das mit der Bankensteuer nicht wirklich erreicht wird. Lenkungseffekte erzielt man nicht

einfach durch mehr Einnahmen im Budget, sondern durch eine Verhaltensänderung.

Wie schätzen Sie die Auswirkungen auf die Wirtschaft generell ein?

Durchaus kritisch, denn wenn die

Meine Meinung



Neustart ist gut, Kompetenz noch besser

Nach den leidigen Obmann-Turbulenzen und dem abrupten Ausscheiden des Vizekanzlers aus allen politischen Funktionen musste sich die Volkspartei binnen weniger Tage personell neu aufstellen. Der Juniorpartner in der Bundesregierung besetzt nicht nur entscheidende Ressorts, er hat auch die programmatische und tagespragmatische Wirtschaftskompetenz, eines der unbestrittenen Assets der Partei, zu verteidigen.

Vorweg zum personellen Ergebnis ein klares Wort: Die neue Parteiführung und der neue Finanzminister verdienen einen Vertrauensvorschuss. Es geht nämlich nicht nur um den medial immer wieder strapazierten „Neustart“ einer Regierungskoalition. Nein, es geht um jene Kompetenz, die notwendig ist, um die vielfach aufgeschlüsselte und wahrlich komplexe Problemagenda des Landes endlich professionell – und dennoch mit politischem Fingerspitzengefühl – anzupacken.

Mit dem neuen Vizekanzler, als Wirtschaftsminister seit Jahren bestens bewährt und dem ins Finanzministerium bestellten, erfolgreichen Manager sind wichtige Signale gesetzt worden: Die Politik realisiert nunmehr auch personell, dass fast alle aktuellen Probleme aus dem politischen Alltag einen handfesten ökonomischen Hintergrund haben. Es gibt kaum noch eine Herausforderung für Regierung und Parlament, deren Bewältigung nicht ökonomisches Wachstum, internationale Wettbewerbsfähigkeit, effiziente Bildungseinrichtungen und einen attraktiven Wirtschaftsstandort für Investoren zur Voraussetzung hätte. Denn alles, was der öffentlichen Hand von den diversen Interessengruppen abverlangt wird, muss von den wirtschaftlichen Leistungsträgern dieses Landes hart erarbeitet werden. Was übrigens auch für Steuerreformen gilt.

Die Volkspartei hat bei der Besetzung dieser wichtigen Regierungspositionen auf teilorganisatorischen Proporz und die Berücksichtigung regionaler Machtansprüche diverser Landespolitiker verzichtet. Das sollte – zumal bisher keine Selbstverständlichkeit – in diesem Zusammenhang gesondert und lobend hervorgehoben werden. Es war nicht immer so.

Unternehmensleiter und Manager, Leistungsträger und Mittelstand, Neugründer und Freiberufler – sie alle setzen jetzt wieder beträchtliche Hoffnung in eine Politik die weiß, wie es „draußen in der Wirtschaft“ wirklich zugeht. Davon darf man bei Vizekanzler und Finanzminister mit Fug und Recht ausgehen. Nicht zuletzt auf diesen beiden lastet somit eine Bürde, die weit über die jeweiligen Ressorts hinausgeht.

Mit ihnen verbinden nämlich viele die schon oft enttäuschte Hoffnung, dass das Vertrauen in die politische Kompetenz endlich wieder wachsen kann. Man kann jetzt nur Konsequenz und Fortune wünschen ...

Michael Ikrath
Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Erstmals online ein Konto eröffnen

Die Erste Bank bietet als erstes Institut in Österreich eine 100-prozentige Online-Kontoeröffnung. Bei der Eröffnung erhält man online den Kontovertrag, der unterzeichnet als Scan oder Smartphone-Foto mit amtlichem Lichtbildausweis per Upload an die Bank retour gesendet wird. Die Unterlagen können auch mittels Handy-Signatur abgezeichnet werden.

www.erstebank.at/tiny/online-produkte



Straßentheater für alle

Das internationale Festival für Straßen- und Figurentheater LaSTRADA fand heuer bereits zum 17. Mal statt. Als Hauptsponsor spielt die Steiermärkische Sparkasse schon seit 10 Jahren eine wichtige Hauptrolle in der Verwirklichung des farbenprächtigen Spektakels, dessen Ziel es ist, attraktive, facettenreiche und internationale Kunst im öffentlichen Raum zu unterstützen und für jeden zugänglich zu machen.



Gerhard Fabisch, Vorstandsvorsitzender der Steiermärkischen Sparkasse, Festivalleiterin Dagmar Mayerl-Reinprecht und Intendant Werner Schrempf mit den „MOVING CHAIRS“ – einer österreichischen Produktion von Nota Bene und Eddie Louis

Waldviertelpur in Wien

Zigtausende Wienerinnen und Wiener und zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland besuchten am Heldenplatz die elfte Auflage von Waldviertelpur, dem großen Fest für alle Freunde des Waldviertels. Traditionell unterstützte die Waldviertler Sparkasse Bank AG diese Veranstaltung als einer der Hauptsponsoren und bestärkte damit die Verbundenheit mit den teilnehmenden Waldviertler Betrieben und den Tourismusaktivitäten.

Im Rahmen des Sponsorings fand als Startschuss der Pre-Event in der „Gerstner Beletage“ im Palais Todesco statt. Dieser Empfang der Waldviertler Sparkasse hat sich in den letzten Jahren zu einem Wirtschafts- und Politik-Hotspot entwickelt und fand heuer unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ bereits zum vierten Mal statt.



Der Empfang der Waldviertler Sparkasse hat sich in den letzten Jahren zu einem Wirtschafts- und Politik-Hotspot entwickelt und fand heuer unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ bereits zum vierten Mal statt.

Kreditinstitute ihr Kreditengagement drastisch zurückfahren müssen, dann muss das wachstumsdämpfende Wirkung haben, wenn die Wirtschaft wieder expandieren könnte. Zumal in Österreich die KMU dominieren und diese auf Bankkredite existenziell angewiesen sind. In Österreich liegt der Anteil der Bankkredite am BIP bei rund 120%, in den USA hingegen liegt die Quote nur bei 60%.

In Österreich wird derzeit ganz heftig über eine Steuerreform diskutiert, wobei der Lohn- bzw. Einkommensteuertarif im Mittelpunkt des Interesses steht. Daraus resultiert die Frage, wie lange es dauert, bevor Reformen im Bereich der Ausgabenstruktur jenen budgetären Spielraum schaffen, bis eine Steuerreform gegenfinanziert werden kann.

Es ist richtig, dass derzeit – will man den eingeschlagenen Konsolidierungspfad einhalten – kaum budgetärer Spielraum besteht. Österreich braucht daher Reformmaßnahmen zur nachhaltigen ausgabenseitigen Sanierung. Gegenwärtig liegt die Steuer- und Abgabenquote bei mehr als 45% des BIP; Österreich ist ein Hochsteuerland. Das Problem liegt darin, dass strukturelle Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung meist einige Zeit brauchen, bis sie wirken und größere Einsparungen erzielen.

Also was wäre jetzt Ihrer Meinung nach konkret zu tun?

Es braucht einen klaren Beschluss, wenn Sie so wollen einen verbindlichen Reformfahrplan. Man definiert die notwendigen Reformen inhaltlich und vereinbart einen verbindlichen Zeitplan. Die Regierung könnte damit glaubwürdig ihren längerfristigen Konsolidierungswillen dokumentieren und gleichzeitig Klarheit sowie Berechenbarkeit schaffen.

Wo sehen Sie die Hauptansatzpunkte für notwendige Reformen?

Es muss ein Mix aus verschiedenen Vorhaben werden. Dazu zählt etwa die Pensionsreform, denn der Anstieg des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters ist unabdingbar für die Dämpfung der Budgetmittel für die Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung. Es geht aber sicher auch um die Subventionen, die Beseitigung von Ausnahmeregelungen im Steuertarif sowie um den Finanzausgleich.

Das alles wirkt eher erst mittelfristig, Geld für Steuerreformen wird jedoch früher benötigt. Deshalb plädiere ich für ein Reformkonzept, bei dem alle Bevölkerungsgruppen möglichst gleichmäßig unter dem Reformschmerz leiden. Man muss das Leiden gleichmäßig verteilen, um für das Reformkonzept auch die Akzeptanz der Bürger zu bekommen. Das heißt, ich plädiere für die klare Festlegung eines Reformfahrplanes, der dann auch die Möglichkeit bietet, in den Folgejahren die Steuerlast schrittweise zu senken.



„Was meiner Meinung nach jetzt zu tun wäre, ist bei der Grundsteuer sowie bei der Grunderwerbssteuer anzusetzen.“

Akut wird man aber an konkreten Steuererhöhungen wohl nicht vorbeikommen?

Was meiner Meinung nach jetzt zu tun wäre, ist bei der Grundsteuer sowie bei der Grunderwerbssteuer anzusetzen. Die Aktualisierung der Einheitswerte und deren Heranführung an die Verkehrswerte sind zwar eine leichte Anhebung der Vermögensbesteuerung im Lande auf frühere Niveaus. Eine solche Reform würde bei Immobilien ein Steuerniveau zurückbringen, das es in den 70er- und 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts schon gegeben hat.

„ Steuerquote von 40% als Ziel “

Würde das für eine Rückgewinnung budgetären Spielraums reichen?

Es reicht nur ergänzend zu anderen Reformmaßnahmen auf der Ausgabenseite. Andere Steuern sind schon ausgereizt, es gäbe gravierende Negativeffekte. Die Lohnsteuer treibt die Arbeit aus dem Lande, eine erhöhte Körperschaftsteuer oder eine gesonderte Vermögenssteuer treibt Investoren und Anleger aus dem Lande. Natürlich belastet auch die Immobiliensteuer und erfordert steuerliche Opfer für große Teile der Bevölkerung, doch sie würde das Gefühl vermitteln, dass sich etwas in Richtung Reform bewegt, wenn sie als Teil eines ganzen Reformpakets käme.

Gegenwärtig gibt es in Österreich auch eine heftige Diskussion darüber, wie viele Milliarden bewegt werden müssen, damit eine Lohnsteuerreform diesen Namen auch verdient. Wie ist da Ihre Meinung?

Allein 4 bis 5 Mrd. Entlastungsvolumen wären notwendig, um die kalte Progression der vergangenen Jahre wieder zu beseitigen. Der Eingangsteuersatz gehört deutlich gesenkt, die Tarifsätze sollen dann gleichmäßiger ansteigen, und zur Finanzierung soll der Ausnahmenschungel durchforstet werden. Das gilt auch für bisherige Tabuzonen: Ich bin dafür, auch die begünstigte Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehal-

tes zu beseitigen und diese in den allgemeinen Steuertarif einzubauen. Allein das würde eine Senkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 50% auf 44% ermöglichen, der Einstiegssteuersatz würde allein unter diesem Aspekt von derzeit 36% auf 32% gesenkt werden können.

Werden die Wachstumsprognosen für das laufende Jahr überhaupt bis Jahresende halten?

Nun, die Sanktionen der EU gegen Russland und die möglicherweise auf uns zukommenden Gegenreaktionen der Russen gegenüber der EU haben ohne Zweifel eine bremsende Wirkung. Aber wir wissen derzeit nicht, wie lang das Drehen an den Sanktionsschrauben anhalten wird, denn es könnte doch auch eine Verhandlungslösung geben. Generell haben internationale Krisenherde und geopolitische Konfliktzonen einen ungünstigen Effekt auf die Konjunkturentwicklung, auch in Österreich. Umso mehr müssen wir im Inland alles daran setzen, Konjunkturimpulse zu fördern. Natürlich werden die Investitionen auch wieder anziehen, aber der Zeitpunkt ist gegenwärtig schwer abzusehen. Viel hängt von einer klaren, glaubwürdigen und berechenbaren Wirtschaftspolitik ab.

Die Sie in Österreich derzeit vermissen?

Bis zu einem gewissen Grad ja, denn Lavierung und Unsicherheit sind per se ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung. Als wichtigste Konjunkturmaßnahmen binnenwirtschaftlicher Art sehe ich eine Lohnsteuersenkung, einen beherzten Sparplan ausgabenseitiger Natur und die Vermittlung der Sicherheit an die Bürger, dass es die Politik mit einer nachhaltigen Senkung der Staatsverschuldung, zumindest aber mit einer deutlichen Senkung künftiger Zuwächse der Staatsausgaben wirklich ernst meint.

Wo müsste die fiskalpolitische Zielsetzung sein?

Wie erwähnt liegt Österreich derzeit bei einer Steuerquote von mehr als 45%. Das mittelfristige Ziel müsste sein, auf etwa 40% des BIP zurückzukommen, was eine Verminderung des Steuerdrucks um respektable 15 Mrd. Euro brächte. Das geht eben nur über einen längeren Zeitraum und mit einem klaren Reformfahrplan. 40% Steuer- und Abgabenquote wäre ein durchaus ehrgeiziges Ziel, aber allein der Weg dorthin würde beträchtliche Wachstumsimpulse im Lande freisetzen.

Denn wenn die Investoren merken, dass es die Verantwortlichen damit ernst meinen, dann belebt das sofort das Investitionsklima, egal ob bei inländischen Unternehmen oder bei Auslandsinvestoren, die dann den Wirtschaftsstandort Österreich wieder stärker in ihre Strategien einbeziehen würden.

Das Interview führte Milan Frühbauer

„Wir sind hier im Bezirk der Platzhirsch“

Waltraud Brandner, seit 1997 Vorstandsmitglied und seit 1. Februar dieses Jahres Vorsitzende des Vorstands der Sparkasse Scheibbs, hält wenig von Frauenquoten, sondern setzt auf Kompetenz und Professionalität. Sie ist 1978 in die Sparkasse eingetreten und hat das Bankgeschäft im wahrsten Sinne des Wortes „von der Pike auf“ gelernt. Mit 36 Jahren war sie schon Gesamtprokuristin und rückte drei Jahre später in den Vorstand auf. Im Interview nimmt sie zur eigenen Karriere und zum Umfeld einer kleinen, aber in der Region tief verwurzelten Sparkasse Stellung.

Sparkassenzeitung: Sie sind eines der wenigen weiblichen Vorstandsmitglieder im Bereich der österreichischen Sparkassen. Worauf führen Sie diese bundesweite Unterrepräsentanz zurück?

Brandner: Das Wollen entscheidet. Frauen müssen nach oben wollen. Frauen müssten stärker bereit sein, sich in den Kampf hineinzubegeben und Konflikte austragen können und wollen. An Talenten und Fähigkeiten bei den Damen in den Sparkassen mangelt es nicht.

Frauen müssen aber auch die Spielregeln der Macht lernen und auch einhalten. Und die sind nicht männlich, sondern werden durch das Umfeld, durch Wettbewerb und Konkurrenz, bestimmt.

Wie haben Sie die Doppelbelastung – Kinder, Familie und berufliche Karriere – gemeistert?

Zum einen ist mein Mann von Anfang an hundertprozentig hinter mir und zu mir gestanden. Das ist in einer Partnerschaft sehr wichtig. Zum anderen war mein Sohn bereits 14 Jahre als ich mit der M1-Ausbildung begonnen habe. Somit ist kein schlechtes Gewissen bei mir entstanden was etwa die Vernachlässigung der Kinder betrifft. Er war also immerhin schon 15 Jahre, als ich Vorstandsdirektorin wurde.

Sind Sie deklarierte Anhängerin von Frauenquoten?

Ich bin keine Quotenverfechterin, obwohl Sie ja jetzt berechtigterweise sagen könnten: Ist ja klar, sie hat es bereits nach oben geschafft. Ich will nach Qualifikation und Können bewertet werden, deshalb halte ich nichts von Quoten, deren Erfüllung dann möglicherweise nach anderen Kriterien funktioniert.

Was unterscheidet Ihrer Meinung nach im Bankenmanagement den weiblichen Problemzutritt von jenem der Männer?

Wer oben angekommen ist, egal, ob Mann oder Frau, hat einen langen Weg des Sich-Abgrenzens, des Nein-Sagen-Könnens und der Konfliktaustragung hinter sich. Davor scheuen – meiner Erfahrung nach – Frauen oft zurück.

Hatten Sie je Probleme mit der Akzeptanz einer weiblichen Führungskraft in einer doch wohl gesellschaftspolitisch eher konservativ strukturierten Region?

Nein, solche Probleme hatte ich nie. Gerade weil man in einer Kleinstadt



Waltraud Brandner: „Derzeit ist leider keine Belebung der Investitionsbereitschaft spürbar.“

die Führungskräfte meist persönlich kennt sind Kompetenz und Professionalität entscheidend für die Vertrauensbildung und Akzeptanz.

Wie sind die aktuellen Eckdaten der Sparkasse Scheibbs, die ja zu den kleineren in Österreich zählt?

Wir sind eine primär mittelstarke Sparkasse und haben derzeit eine Bilanzsumme von rund 160 Mio. Euro. Das Institut verfügt gegenwärtig über etwa 9.000 Kunden und ist in dieser Region mit rund 70% Marktanteil beim Kommerzkredit ein sehr wichtiger Partner der erfolgreichen Unternehmen in unserem Umfeld. Im Privatkundenbereich liegt unser Marktanteil bei mehr als 50%. Das heißt, die Sparkasse ist im Bezirk Scheibbs der Platzhirsch was die Kreditinstitute betrifft.

Stichwort Kommerzkunden: Wie entwickeln sich aus Ihrer Sicht die Investitionsbereitschaft und die daraus resultierende Kreditnachfrage?

Die kommerzielle Kreditnachfrage ist zur Zeit nicht oder fast nicht vorhanden. Unsere Kommerzkunden sind überwiegend sehr liquid, und eine zusätzliche Investitionsbereitschaft kann ich derzeit beim besten Willen nicht orten. Wenn wir nicht den großvolumigen Wohnbau in Scheibbs hätten, wäre in diesem Bereich fast kein Zuwachs möglich. Beim Privatkredit ist derzeit überwiegend die Sanierung des Wohnraumes ein Wachstumsthema, der sonstige Konsumkredit bewegt sich in bescheidenen Grenzen. Fazit: Von einer drohenden Kreditklemme kann keine Rede sein.

Hat die historische Niedrigzinsphase, deren Ende kaum abzusehen ist, merkbare Auswirkungen auf das Sparverhalten?

Interessanterweise ist bei uns das

Primärmittelaufkommen noch sehr stark. Wir versuchen zwar die Sparer und Anleger forciert auch auf das Wertpapier aufmerksam zu machen, aber das Interesse dafür ist noch eher gering. Sehr gut sind hingegen die Zeichnungsergebnisse bei Wohnbauanleihen. Auch das Bausparen ist weiterhin ein Selbstläufer.

Welche administrativen Zusatzbelastungen kommen auf Kreditinstitute vom Zuschnitt der Sparkasse Scheibbs im Zuge der neuen nationalen und europaweiten Regularien für Banken zu?

Ob klein oder groß, es ist für alle eine enorme Zusatzbelastung, und in unserer Größenordnung ist da natürlich auch ein Vorstand in Bezug auf Arbeitszeit extrem gefordert. Das Administrative wird mehr Zeitbudget verlangen.

Was ich nicht verstehe und was ich nicht akzeptieren kann ist, dass die Bankenabgabe dazu dient, die Budgetlöcher zu stopfen, weil sich keiner auf politischer Ebene traut, harte strukturelle Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung zu setzen.

Wie sehen Sie in Ihrer Region die Reputation von Bankmitarbeitern nach Finanzkrise und anhaltendem Banken-Bashing der Politik?

Der Bevölkerung ist schon klar, dass nicht die regionalen Banken an der Finanzkrise schuld sind. Und was das Banken-Bashing seitens der Politik betrifft ist es leider sehr populär geworden, dieses zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen, um jeweils Schuldige dingfest zu machen. Regional sehe ich da aber kein Problem, wir sind ja Tag für Tag als seriöse und kompetente Partner im Geldgeschäft erlebbar.

Das Interview führte Milan Frühbauer

EINBLICK



Milan Frühbauer

Globale Märkte leiden sofort unter Sanktionen

Die Liberalisierung des Welt Handels ist eine unumstrittene Erfolgsstory. Verstärkt durch ökonomische Integrationsprojekte wie etwa den Binnenmarkt der Europäischen Union. Vor allem Länder wie Österreich, die einen sehr hohen Anteil der Wirtschaftsleistung in Waren- und Dienstleistungsexporten erwirtschaften müssen, wissen was da auf dem Spiel steht. Die Globalisierung der Märkte hat ein Ausmaß erreicht, das zwar in der weltwirtschaftlichen Diskussion immer wieder gebührend gewürdigt wird, deren einzelwirtschaftliche Bedeutung jedoch erst dann sichtbar wird, wenn Sand ins Getriebe gerät.

Sorgen in der Landwirtschaft

In den vergangenen Wochen sind vergleichsweise vorerst bescheidene Sanktionen gegen Russland auf politischer Ebene beschlossen worden. Die Antwort aus Moskau war ein segmentiertes Einfuhreembargo für landwirtschaftliche Produkte. Schon diese Einzelmaßnahme gegen die EU hat in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie zu beträchtlicher Unruhe geführt. Die agrarischen Exporte der EU-Länder nach Russland liegen – im Vergleich der Exportdestinationen – zwar in einem bescheidenen Bereich, dennoch schmerzen auch solche Nadelstiche unmittelbar. Das Management führender Handelsketten beißt sofort medienwirksam in einen österreichischen Apfel und gelobt das Obstangebot in den Regalen stärker denn je auf regionale Provenienz auszurichten. Die Fleischindustrie sucht nach alternativen Exportmärkten, was etwa bei Schweinefleisch und den unverkennbar vegetarischen Ernährungstrends nicht leicht ist. Die sich auf eine überdurch-

schnittliche Weinernte freudigen Winzer fürchten um einen rasch wachsenden Absatzmarkt für Veltliner und Riesling.

Unternehmerverbände bremsen Sanktionspolitik

Sorgenfalten auch in der heimischen Tourismuswirtschaft, denn die Gefahr einer eskalierenden politischen und emotionalen Konfrontation zwischen der EU und Russland lässt weite Teile der fashionablen Ferienorte um die zahlungskräftige Klientel aus dem „Zarenreich“ zittern. Mittelfristig könnten sich auch Schwierigkeiten für Kfz-Zulieferbetriebe oder exportorientierte Maschinenbauer ergeben, wenn die staatlichen Einkäufer in Moskau oder Petersburg nach anderen, außerhalb der EU angesiedelten Lieferanten Ausschau halten sollten.

Es ist daher wenig überraschend, dass Unternehmerverbände – selbst in den Kernländern der NATO – zur Mäßigung und sanktionspolitischen Zurückhaltung mahnen. Zumal die Industriestaaten Europas derzeit jeden noch so kleinen Wachstumsimpuls brauchen, um der Gefahr der Stagnation und somit dem Zurückbleiben gegenüber den Wirtschaftsräumen USA und Asien zu entgehen.

Vergleichsweise kleine Ursachen – respektable ökonomische Wirkungen. Das ist der Preis für die globalisierten Märkte und den vorerst einzigen Wachstumstreiber, der auszumachen ist, nämlich den Export.

Weltpolitik und Sicherheitspolitik sind längst intensive Interdependenzen zur Ökonomie. Das war zwar in der Menschheitsgeschichte schon immer so, aber der Merkantilismus konnte besser damit leben.

Die globalisierten Weltmärkte hingegen stöhnen schon beim ersten Sanktionswind ...

SPARKASSEN NEWS

s REAL bleibt die Nummer 1

Ein aktuelles Ranking des „Immobilien Magazins“ zeigt, dass s REAL der mit Abstand größte Immobilienmakler Österreichs ist. s REAL steht gleich in drei Kategorien an erster Stelle:

- s REAL ist, wie schon in den Vorjahren, der größte Immobilienmakler Österreichs.
- Mit 246.722 m² vermittelter Wohnfläche ist die s REAL auch der „stärkste Makler Österreichs im Wohnbereich“.
- Die s REAL ist auch der stärkste Makler im Segment „Industrie, Lager, Gewerbe“.

43 Jahre Partnerschaft mit dem KAC

In der Eishockey-Saison 2014/15 will der Kärntner Eishockeyverein KAC wieder zu alten Stärken finden. Ziel des KAC-Managements ist es auch, wieder mehr Nachwuchsspieler in die Kampfmannschaft zu bringen. Das ist ganz im Sinne des langjährigen Sponsors – schließlich unterstützt die Kärntner Sparkasse mit dem KAC-Sponsoring seit Jahrzehnten speziell die Jugendförderung.



Head-Coach Martin Stloukal, Sparkasse-Marketingleiter Diethard Theuermann, Kapitän Johannes Reichel, Vorstandsdirektorin Gabriele Semmelrock-Werzer (Kärntner Sparkasse), KAC-Vizepräsident Hellmuth Reichel und KAC-Manager Oliver Pilloni

Theatererlebnis für Kunden der Sparkasse Schwaz

Das Theater „stummer schrei“ führte exklusiv für die Sparkasse Schwaz das österreichische Kultstück „Der Bockerer“ auf. In der Rolle des Fleischermeister Karl Bockerer, der mit dem Nationalsozialismus in Wien nicht zurechtkommt und immer „ein Mensch bleiben“ will, glänzte Heinz Tipotsch.



Die Schauspielerinnen und Schauspieler des Theaters „stummer schrei“

Online-Banking wächst in CEE stärker als in Österreich

Fast zwei Drittel der Österreicher, nahezu jeder zweite Kroat und ein Drittel der Slowaken, Ungarn und Serben haben bereits ein Smartphone. Und immer mehr verwenden den Computer für die Hosentasche auch, um mit ihrer Bank in Verbindung zu treten. In Zentral- und Osteuropa wächst die Nutzung von Online-Banking sogar noch stärker als in Österreich. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Erste Group. Um einen Kredit aufzunehmen oder sich zu Produktdetails beraten zu lassen, bevorzugen aber die meisten der Befragten nach wie vor den Besuch einer Filiale.

Bausparer trotzen dem historischen Zinstief

Das Bausparen bleibt auch in der Niedrigzinsphase ein Instrument, dem die heimischen Sparer die Treue halten. Die s Bausparkasse konnte im 1. Halbjahr 2014 mehr als 135.000 neue Verträge abschließen und bleibt Marktführer in Österreich. Das ist wichtig für ein klares gesellschaftspolitisches Ziel: Leistbaren Wohnraum attraktiv finanzieren!

Im ersten Quartal 2014 zeigten sich in Österreich erste Anzeichen einer Erholung der Investitionsnachfrage, das Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen war mit 0,1% allerdings noch sehr schwach. Wohnbauinvestitionen weisen jedoch aufgrund der steigenden Immobilienpreise und immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen einen Aufwärtstrend auf. Bis Ende 2014 werden Investitionen im Bereich Wohnbau mit einem Plus von 3,8% erwartet.

„Es bleibt für den sozialen Frieden nach wie vor wichtig, die Schaffung von leistbarem Wohnraum nicht aus den Augen zu verlieren“, betont Josef Schmidinger, Generaldirektor der s Bausparkasse. „Alle Partner sind aufgerufen, über Wege zur Finanzierung und Gestaltung leistbaren Wohnbaus nachzudenken. Die Seestadt Aspern in Wien stellt hier ein gelungenes Beispiel der Entwicklung eines neuen Stadtgebiets dar, das einen multifunktionalen Stadtteil mit hochwertigen Wohnungen und großzügigen Flächen für Büros, Produktions- und Dienstleistungsunternehmen entstehen lässt.“

Mit Mitteln der s Bausparkasse und der s Wohnbaubank können langfristig leistbare Wohnungen für junge Familien geschaffen werden. „Es ist uns ein Anliegen, gemeinnützige Bauträger bei der Finanzierung von dringend benötigtem Wohnraum zu unterstützen“, unterstreicht Schmidinger das Engagement seines Hauses. Da diese Mittel mit einem sehr niedrigen fixen Zinssatz auf zehn Jahre versehen sind, eignet sich diese Finanzierung vor allem für Projekte mit Startwohnungen für junge Menschen. Auch die thermische Sanierung kann damit auf eine leistbare Finanzierungsbasis gestellt werden.

In der jüngsten GfK-Umfrage zur Beliebtheit unterschiedlicher Spar- und Anlageformen hat Bausparen nach wie vor die Nase vorne. Immerhin fanden wieder 41% der Befragten den „Bausparer“ als interessant. Im Beliebtheitsranking wurde das Sparbuch wieder auf Platz zwei verwiesen – nicht zuletzt wegen der historisch niedrigen Zinsen.

Rund 60% der Österreicherinnen und Österreicher besitzen einen Bausparvertrag. Vor allem bei der Jugend ist das Interesse dafür höher als in anderen Altersgruppen. So halten 42% der 15- bis 19-Jährigen einen Bausparvertrag als Spar- und Anlageform für besonders interessant. Ein Bausparvertrag mit staatlicher Prämie ist bei Kindern und Jugendlichen meist eines der ersten

Bankprodukte. Damit wird bereits früh eine langjährige Kundenbeziehung gestartet.

Im Passivgeschäft wurden bis Ende Juni des heurigen Jahres 135.701 Bausparverträge neu eröffnet, das sind zwar noch um 3,2% weniger gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allerdings wurde zu Beginn 2013 eine große Anzahl der Bausparverträge des vorangegangenen Jahres eröffnet, sodass sich die Differenz im Jahresvergleich egalieren wird. Die Bauspareinlagen stiegen im Jahresvergleich um 127 Mio. Euro auf 6.955 Mio. Euro (+1,9%).

„Bausparen ist die Basis der privaten Vermögensbildung“, betont Schmidinger den volkswirtschaftlichen Nutzen dieser Sparform. Die s Bausparkasse betreut nun schon das 6. Jahr in Folge mehr als 1,5 Millionen Kunden. „Es gehört heute zum guten Ton, mit einem Bausparvertrag für die Zukunft zu veranlagen“, hält Schmidinger fest. „Wir betreuen 1.538.907 Bausparkonten im Anspar- und 106.804 Konten im Darlehensbereich. Das ist für die s Bausparkasse Bestäti-

gen, während sie bei neuen Wohnbaukrediten auf einem Niveau von etwas über 2% stagnieren.

Die Erholung im aktuellen Finanzierungsgeschäft spiegelt sich in der Entwicklung der Finanzierungsleistung wider. In den ersten 6 Monaten lag diese mit 389 Mio. Euro mehr als ein Drittel (+38,3%) über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Ausleihungsbestand der s Bausparkasse beträgt 6.863 Mio. Euro (-0,9%) und hat sich damit nahezu auf Vorjahresniveau eingependelt. In Oberösterreich (+2,6%), Tirol (+3,4%) und der Steiermark (+2,6%) ist bereits ein Wachstum zu sehen.

„Komme-was-wolle“ mit neuem Angebot

Zu den zentralen Merkmalen des „Komme-was-wolle-Darlehens“ gehört die erhöhte Sicherheit, die dieses Darlehen der s Bausparkasse bietet. Neben einer langen Laufzeit und einer weiteren Senkung der Fixzinskondition für 12 Monate verdient vor allem die Senkung der Mindestverzinsung auf 2,25% per anno Aufmerksamkeit. Damit liegt

	s Bausparkasse	+/- in %
Neuverträge Ansparen	135.701	-3,2
Bauspareinlagen	6.955 Mio. EUR	+1,9
Sparkontenbestand	1.538.907	-1,1
Ausleihungen gesamt	6.863 Mio. EUR	-0,9
Finanzierungsleistung	389 Mio. EUR	+38,3

gung und Ansporn zugleich, ihre Leistungen immer wieder den Kundenbedürfnissen anzupassen.“

Finanzierungen nehmen Fahrt auf

Die durchschnittlichen Zinssätze im Kundengeschäft sind sowohl bei Unternehmenskrediten als auch bei Haushaltskrediten im Laufe des Jahres 2012 parallel zu den Leitzinsen gesunken und haben sich in der Folge auf historisch niedrigem Niveau stabilisiert. Seit dem letzten Jahr zeigt sich allerdings trotz der neuerlichen Leitzinssenkungen kein weiterer Rückgang mehr. Bei den Kundenzinsen für Haushaltskredite ist ein unterschiedlicher Verlauf je Verwendungszweck zu beobachten. So sind die Zinsen von neuen Konsumkrediten seit Jahresbeginn 2013 tendenziell angestie-

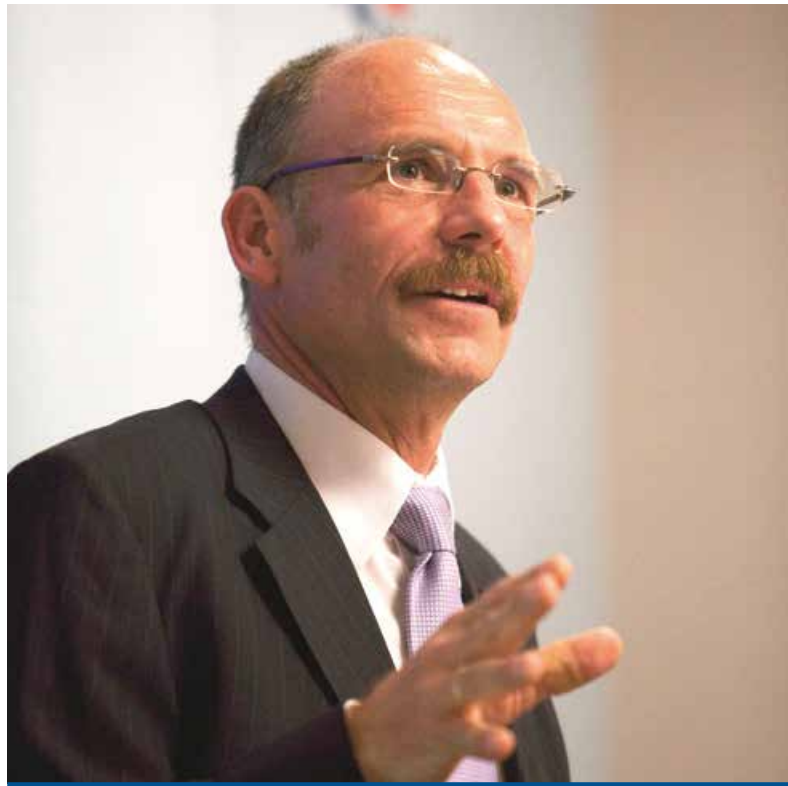
die Bandbreite der Verzinsung zwischen 2,25 und 6,0% jährlich. Trotz Senkung der Zinsuntergrenze bleibt die Zinssatzobergrenze von 6% p.a. ohne Zusatzspesen für die gesamte Laufzeit weiter als Vorteil bestehen. Darüber hinaus bietet das Angebot weiterhin Flexibilität bei unerwarteten Ereignissen, die bei einem so langen Finanzierungszeitraum nicht vorhersehbar sein können. Bis zu 24 Monate kann die Rate auf den reinen Zinsdienst gesenkt werden. „Mit diesem neuen Finanzierungsangebot, einer markanten Senkung der Zinsuntergrenze und der Sicherheit, bei unerwarteten Ereignissen die monatliche Belastung deutlich zu senken, wollen wir die Entscheidung, in die eigenen vier Wände zu investieren, unterstützen“, hält Josef Schmidinger fest.

-üh-

Aktien bleiben erste Wahl

Der langfristige Aufwärtstrend bei globalen Aktien ist intakt, die meisten Aktien sind fundamental fair bewertet. Vor allem Technologie-Aktien und asiatische Märkte sind besonders attraktiv. Allerdings: Geopolitische Risiken verlangen erhöhte Aufmerksamkeit. Die Experten des Erste Asset Managements geben zu bedenken: Mangelnde Risikobereitschaft ist die größte Hürde für den Anlageerfolg. Daher sollte man mit gemischten Fonds einen Einstieg bei kalkuliertem Risiko ins Auge fassen.

Aktien bleiben für Anleger im Vergleich zu anderen Anlageklassen die erste Wahl. Das ist die Einschätzung von Harald Egger, Aktienchef der Erste Asset Management. „Zwar hat die Schwankungsfreudigkeit aufgrund der erhöhten geopolitischen Risiken kurzfristig zugenommen, und die Krise in der Ukraine belastet die europäischen Börsenplätze zusätzlich. Doch der langfristige Aufwärtstrend ist intakt“, betont der Experte. Durch die gute Wertentwicklung in den vergangenen Jahren hätten sich die Börsen zwar verteuert und notierten nun global gesehen mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 17. Sie seien aber im Vergleich zu risikolosen Staatsanleihen, wie etwa deutschen Bundesanleihen, aber auch zu Unternehmensanleihen guter bis sehr guter Bonität fair bewertet. Die Dividendenrendite liege mit 3,5% deutlich über dem Geldmarktzins und auch dem langfristigen Renditeniveau deutscher Staatsanleihen. „Die Risikoprämie für Aktien ist damit deutlich positiv“, meint Egger. Anleger beurteilten die Aktienmärkte immer noch kritisch, obwohl die Börsen schon über 5 Jahre gestiegen sind, bemerkt Franz Gschiegl, Geschäftsführer der ERSTE-SPARINVEST, die aktuelle Situation. „Die mangelnde Risikobereitschaft dürfte sich auch in den nächsten Jahren als die größte Hürde für den Anlageerfolg erweisen, denn an den risikolosen Zinsmärkten ist bis auf weiteres kein oder ein sehr geringer Ertrag zu erwarten“, unterstreicht Gschiegl. Die globalen Aktienmärkte seien besonders für langfristige Veranlagungsstrategien geeignet. Zwar konnten die Aktienmärkte nicht immer die In-



ERSTE-SPARINVEST-Chef Franz Gschiegl: „Mangelnde Risikobereitschaft vermag den Anlageerfolg.“

„Dividenden deutlich über Geldmarktzinsen“

flation schlagen, beispielsweise in den 70er- und den 2000er-Jahren. Je länger ein Anleger in dieser Anlageklasse investiert sei, umso deutlicher reduziere sich aber das Risiko des „falschen“ Einstiegszeitpunkts. Dabei habe die Schwankungsfreudigkeit an den Aktienbörsen seit 2010 deutlich nachgelassen. „Aufgrund der erhöhten geopoliti-

schen Risiken verlangen die Märkte Anlegern eine höhere Aufmerksamkeit im zweiten Halbjahr ab“, meint Gschiegl. Für Investoren mit hohen Aktienbeständen könnte nun auch der Zeitpunkt für Gewinnmitnahmen gekommen sein. Dagegen sollten eher schwache Börsenphasen zum Kauf genutzt werden. Als Kerninvestment im Aktienbereich sei ein globaler Aktienfonds das ideale Investmentvehikel. „Für Anleger, die den Aktienmärkten angesichts der aktuellen Situation weiterhin vorsichtig gegenüber stehen, können Mischfonds eine Möglichkeit sein, mit kalkuliertem Risiko an den internationalen Aktienmärkten zu partizipieren.“

Globale Aktien: Ertragsanalyse seit 1970

MSCI World-Aktienindex in EUR: Ertragsanalyse über verschiedene Zeiträume

Behaltdauer	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	7 Jahre	10 Jahre
seit 1970:	in %	in %	in %	in %	in %
Maximum Ertrag	66,1	137,2	258,9	356,2	515,2
Maximum per	31.07.1997	28.06.1985	31.03.2000	30.04.1987	30.11.1989
Minimum Ertrag	-39,1	-51,8	-38,6	-37,9	-32,1
Minimum per	31.03.2003	31.03.2003	31.12.1974	31.03.2009	31.03.2009
31.07.2014	15,7 %	53,0 %	98,6 %	35,6 %	94,6 %

Quelle: ERSTE-SPARINVEST, Datastream; MSCI World Total Return Index in EUR

AUSBLICK



Christine Domforth

Selbst Horrorszenarien sind extrem volatil

Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben: Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie jetzt tut man gut daran, sich ab und zu an dieses volkstümliche Sprichwort zu erinnern. Denn so manche düstere Prognose von Experten und vor allem den Medien erweist sich als kurzlebig. Beispielsweise wurde noch vor kurzem landauf, landab vor einer drohenden Kreditklemme gewarnt. Die Geldinstitute würden bei Finanzierungen bewusst auf der Bremse stehen und die Wirtschaft damit abwürgen, hieß es. Davon ist mittlerweile keine Rede mehr, weil einerseits dank der weit geöffneten EZB-Geldschleusen die Banken in Liquidität schwimmen, andererseits die Firmen weniger investieren und daher weniger Finanzierungen brauchen. Es gibt also im Moment eher eine Nachfrageklemme. Wer ein erfolgversprechendes Projekt und die nötige Bonität hat, bekommt seinen Kredit – und zwar zu rekordtiefen Zinsen.

Gebührenpolitik „bekämpft“ Deflationsgefahr Vor dem Deflationsgespenst fürchten sich viele. Sinkende Preise klingen zwar zunächst für die Konsumenten verlockend, entwickelt sich aber eine wirtschaftliche Abwärtsspirale aus fallenden Preisen, fallenden Umsätzen und sinkenden Investitionen, wird es fatal. Doch davon kann in Europa – anders als in Japan – im Moment nicht die Rede sein. Wie die jüngste Zinssenkung zeigt, schießen die Euro-Währungshüter ja aus allen verfügbaren Rohren, um eine Deflation zu vermeiden. Zwar gibt es in einigen Ländern der Euro-Peripherie tatsächlich einen Preisrückgang, doch für die Eurozone insgesamt nach wie vor eine – wenn auch minimale – Teuerung von zuletzt 0,3%. Gedrückt wird die Teuerungsrate vor allem von den fallenden Ölpreisen. Rechnet man diesen Effekt heraus, ist von Deflation keine

Rede mehr. Schon gar nicht vor einer Deflation fürchten müssen wir uns in Österreich. Steuererhöhungen, teilweise massiv angehobene Gebühren und ein überhitzter Wohnungsmarkt in den Städten sorgen vielmehr dafür, dass wir eine der höchsten Inflationsraten im Euroraum haben. Wie schnell Bedrohungsszenarien überholt sind oder sogar ins Gegenteil umschlagen können, zeigt die Tatsache, dass noch vor gar nicht allzu langer Zeit die Angst vor einer – durch die lockere EZB-Geldpolitik ausgelöst – Hyper-Inflation umging.

Euro: Totgesagte leben wesentlich länger Immer wieder für Horrorszenarien gut war in den vergangenen Jahren der Euro. Als die griechische Finanzmisere eskalierte, befürchteten viele eine Kernschmelze der gemeinsamen Währung. Es sei nur mehr eine Frage von Tagen, bis die Eurozone explodieren oder es sogar zu einem Währungsschnitt samt Rückkehr zu D-Mark, Schilling & Co. kommen würde, so munkelte man. Und heute? Trotz vieler nach wie vor ungelöster Probleme besteht die Eurozone noch immer, und der Euro ist nicht abgestürzt, sondern war bis vor kurzem so hart, dass viele Exporteure stöhnten und angeschlagene Politiker wie Frankreichs Hollande krampfhaft versuchten, den Kurs herunterzureden. Man sollte sich also nicht von den Medien täuschen lassen, die jeden Tag eine neue Story brauchen und oft nach der Devise „only bad news is good news“ agieren, sondern sich vor allem auf jene Probleme konzentrieren, die keine „Eintagsfliegen“ sind. Und davon gibt es ja gerade in Österreich genug: Steuerbelastung, Staatsverschuldung, Pensionssystem, Föderalismus, Verwaltungsreform usw. werden uns mit Sicherheit noch über Jahre beschäftigen.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Unternehmerische Verantwortung: The Austrian Way

Was zeichnet Österreichs Unternehmensführer in Sachen Verantwortung gestern, heute und morgen aus? Die beiden Vorstandsdirektoren Thomas Uher (Erste Bank) und Stefan Szyszkowitz (EVN) blieben bei einer Veranstaltung der Julius Raab Stiftung keine Antworten auf diese Fragen schuldig.

Wie treffen Spitzenverantwortliche in Unternehmen Entscheidungen im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung? In der vom Präsidenten der Julius Raab Stiftung, Harald Mahrer, (mittlerweile zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium aufgestiegen) geleiteten Diskussion Anfang Juli kristallisierte sich als klarer Konsens heraus: „Unternehmen sind für unsere Gesellschaft nicht das Problem, sondern die Lösung.“ Warum das für Österreich in besonderem Maße gilt analysierte vorerst Mahrer: „Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft war und ist das beste Konzept, um freies und verantwortungsvolles Unternehmertum sicherzustellen und zu fördern.

Wie facettenreich die unternehmerische Verantwortungskultur in Österreich innerhalb dieses Rahmens ausgeprägt ist, veranschaulicht der ‚Verantwortungsatlas österreichische Wirtschaft‘ erstmals auf einem Blick.“

Dass dieser ordnungspolitische Rahmen auch klare Anforderungen an die Führungskräfte in der Wirtschaft stellt, unterstrich Thomas Uher von der Erste Bank: „Wir müssen als Verantwortungsträger in der Wirtschaft mit unseren täglichen Handlungen in unserer Lebensumgebung ein Klima der Freiheit und Selbstständigkeit schaffen und dafür werben.“ Dabei gehe es für alle Unternehmen – nicht nur für die vielen eigentümergeführten,



Der „Verantwortungsatlas österreichische Wirtschaft“ veranschaulicht, wie facettenreich die unternehmerische Verantwortungskultur in Österreich ist.

sondern auch für jene, die von Managern geleitet werden – darum, die langfristige Perspektive im Auge zu behalten: „Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Die Wirtschaft ist die gesellschaftliche Kraft, die unsere hohe Lebensqualität als Folge der erarbeiteten Wirtschaftsleistung ermöglicht und absichert“, so Stefan Szyszkowitz.

Österreichs Unternehmen legen die Latte in Sachen gesellschaftliche Verantwortung laut dem Verantwortungsatlas hoch: 95% engagieren sich mittels diverser Maßnahmen unmittelbar für die Gesellschaft. Für acht von zehn Unternehmen gehört gesellschaftliches Engagement zu ihrem unternehmerischen Selbstverständnis, für das

eigens Geld, Arbeitszeit und Sachmittel bereitgestellt werden (80% bzw. plus 15 Prozentpunkte gegenüber 2012). Mehr als drei Viertel der Unternehmen engagieren sich im lokalen Umfeld des Unternehmens (76% bzw. plus 7 Prozentpunkte) und geben die regionale Verankerung als Motiv für ihr Engagement an (77% bzw. plus 6 Prozentpunkte). Gleichzeitig vermischen die Unternehmen die mediale, aber auch gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung und Wertschätzung für ihr verantwortungsbewusstes Wirken und wünschen sich mehr Freiheit und weniger staatliche Einflussnahme im Rahmen ihres Engagements für die Gesellschaft. -afe-

Im Zeichen der kräftigen Eigenmittelstärkung

Die europäische Kreditwirtschaft befindet sich im zweiten Jahr der Erholung, aber immer noch weit von der von Anlegern erwarteten Eigenkapitalrendite (ROE) entfernt. Roland Berger Strategy Consultants hat die Ergebnisse der 100 bedeutendsten europäischen Banken untersucht. Die Strategieberater haben 5 Prioritäten auf der Agenda der CEOs europäischer Banken ausgemacht. Bei den österreichischen Banken liegt der Fokus darüber hinaus noch verstärkt auf der Transformation der Geschäftsmodelle an die neue Regulierungs-Realität.

Das sind die signifikantesten Ergebnisse der umfassenden Untersuchung.

- Europäische Banken sind weiter bemüht, ihre Bilanzen – gemäß den Anforderungen von Basel III und in Vorbereitung auf das Comprehensive Assessment (CA) der EZB – zu stärken. Im Jahr 2013 wurden Schulden im Umfang von 7% der Aktiva reduziert (Deleveraging) und 38 Mrd. Euro an Eigenkapital neu aufgebaut. Damit konnte die Branche ihre Tier 1-Quote 2013 auf 16% erhöhen. Roland Berger erwartet für 2014 einen weiteren Eigenkapitalanstieg von 60 Mrd. Euro.
- Aufgrund der Bilanzverkürzungen bei Banken stieg der Marktanteil der Nichtbanken bei der Finanzierung der europäischen Wirtschaft von 2008 bis 2013 von 29 auf nunmehr 38%.
- Die Erträge des europäischen Bankensektors blieben im Jahr 2013 – trotz der Bilanzverkürzungen – nahezu unverändert. Der Vorsteuergewinn der Branche stieg, vor allem Dank des inländischen Privatkundengeschäfts, wieder auf 60 Mrd. Euro. Nach einem unbefriedigenden 2012 wurde damit wieder das Gewinnniveau von 2011 erreicht.
- Die Eigenkapitalrendite (ROE) ist mit 4% weiterhin deutlich zu niedrig. Gemäß Rupert Petry, Partner und Financial Services-Experte bei Roland Berger in

Wien, sollte die Eigenkapitalrendite nachhaltig bei mindestens 8–10% liegen. Die 10 bedeutendsten US-Banken erzielen 9% ROE, und im Durchschnitt liegen die Marktbewertungen aller US-Banken um 30% höher.

- Die CEOs der europäischen Banken müssen laut Studie wieder strukturelle Rentabilität aufbauen, um stabile Gewinne bei vorhersehbarer Risikoprüfung zu erzielen. Rupert Petry fügt an: „Der Fokus bei österreichischen Banken liegt – wie auch in anderen europäischen Ländern – aktuell auf der Transformation der Geschäftsmodelle an die neue Regulierungs-Realität sowie nachhaltiger Anpassungen der Kostenbasis. Verschiedene Banken befassen sich bereits wieder mit der Erschließung neuer Ertragsquellen.“
- Die Banken in der Region Zentral- und Osteuropa kämpfen noch immer mit hohen NPL-Volumina und der Notwendigkeit, ihre Kostenbasis kontinuierlich zu reduzieren. Petry, der als Managing Partner der Strategieberatung auch für die Region Zentral- und Osteuropa verantwortlich ist, erläutert die Situation: „Im wirtschaftlich schwierigen und politisch unsicheren Umfeld bleibt der Fokus in den CEE-Netzwerkbanken auf dem Abbau des NPL-Portfolios. Insgesamt zeigt sich die Volatilität

in der Region auch mittelfristig als hoch, was die Führung und Steuerung des Netzwerkes weiterhin herausfordernd macht.“

Gemäß Roland Berger müssten die CEOs europäischen Banken folgende Prioritäten verfolgen:

- Das Comprehensive Assessment (CA) der EZB wird ein bedeutender Meilenstein sein um zu zeigen, dass sich die europäische Bankenlandschaft von gefährlich unterkapitalisiert zu gut kapitalisiert entwickelt hat. Die Restrukturierung der Bilanzen wird 2014 bei einigen Banken weitergehen. Die zentrale Herausforderung dieser von der EZB zum ersten Mal absolvierten Übung besteht darin, das richtige Gleichgewicht zwischen dem Gewährleisten der Robustheit des Bankensystems und der Deckung des Finanzierungsbedarfs der europäischen Wirtschaft zu finden.
- Die jüngste Belastung der Bankbilanzen durch Staatsschulden könnte in einigen Regionen noch zu Spannungen bei der Finanzierung führen, dürfte aber nicht mehr den Bankensektor destabilisieren. Doch die Refinanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt ab, und Regierungen planen den Verkauf von Bankaktien. Die sanfte Entkopplung von staatlichem Risiko und Bankenrisiko wird weiter voranschreiten.



Finanzcity Frankfurt. Innovation wird für die Kreditwirtschaft eine Triebkraft des Wachstums sein.

- Viele Bankenchefs glauben, dass sie ihren Organisationen strenge Kostendisziplin verordnet haben. Doch die Banker müssen ihre Fähigkeit verbessern, dass die Kosteneinsparungen in ihrer Erfolgsrechnung auch wirklich ankommen. Aus anderen Branchen kennt man einander ähnelnde Muster der Effizienz und Sparsamkeit: Radikale Vereinfachung, Modularisierung, Ausgliederungen und Kooperationen. Es geht also nicht um weitere Kostensenkungsübungen, sondern um eine Veränderung der Spielregeln zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.
- Innovation wird für die Kreditwirtschaft eine Triebkraft des Wachstums sein. Banker müs-

sen verstehen, dass Innovation nicht gleichzusetzen ist mit der Entwicklung neuer Produkte oder der Digitalisierung von Geschäftsmodellen. Top-Manager dürfen nicht mehr glauben, dass das Bankwesen eine Branche ist, in der man besser als „Follower“ agiert denn als „First Mover“, betont die Studie.

Die Geschichte internationaler Banken in den vergangenen Jahren war bis auf wenige Ausnahmen von Rückzug gekennzeichnet. Auf der Suche nach neuen Wachstumschancen sollten Banken wieder über Möglichkeiten nachdenken, über Allianzen und Partnerschaften Zugang zum wachsenden Pool von Gewinnen in den Schwellenländern zu erhalten. -üh-

Regulierung der Anlageberatung sorgt für Aufruhr

Groß war die Freude im Herbst 2012: In einer gemeinsamen Kraftanstrengung hatten Banken erreicht, dass die provisionsbasierte Anlageberatung unter bestimmten Bedingungen erhalten bleiben kann. Dass das Thema die Institute nur keine zwei Jahre später noch einmal derart stark beschäftigen würde, schien damals noch keiner zu ahnen.

Ole Weigmann, Sparkassenverband, EU-Büro Brüssel

Jetzt macht sich wieder beträchtliches Unbehagen breit: Begründet liegt der aktuelle Aufruhr darin, dass die Europäische Kommission und die europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA aktuell daran arbeiten, die zusätzlichen Bedingungen so zu verschärfen, dass dies das Aus für die provisionsbasierte Anlageberatung bedeuten würde.

Konkret planen die Behörden, dass eine Bank nur dann eine Provision kassieren darf, wenn diese für den

Kunden eine Qualitätsverbesserung darstellt. Bei Sparkassen und anderen Banken werden die Provisionen aber vor allem dazu genutzt, die Beratungsinfrastruktur zu finanzieren und damit das Angebot überhaupt bereitzustellen. Ein erheblicher Teil der Provisionen sind also Fixkosten, die für sich genommen zunächst einmal keine qualitätsverbessernden Maßnahmen darstellen. Um die Verwirklichung der Pläne zu verhindern, haben Sparkassen und andere Institute aus Österreich, Deutschland und anderen Staaten zuletzt den intensiven Austausch mit den Regulierern gesucht. Es

ging den Instituten vor allem darum, zu verdeutlichen, dass die Aufgabe des Beratungsmodells schwerwiegende Konsequenzen haben würde, vor allem für die Bereitstellung eines breiten Beratungsangebots im ländlichen Raum und gegenüber Haushalten mit mittleren bis niedrigen Einkommen.

Neue Diskussionen sind angesagt

Die vielen Gespräche scheinen nun Bewegung in die Sache zu bringen. Die ESMA hatte zuletzt klargestellt, dass die provisionsbasierte Anlageberatung weiter aufrechterhalten werden kann, wenn die Banken

„Provisionen garantieren ein besseres Beratungsangebot.“

entweder diese Dienstleistung mit einer laufenden Anlageberatung verknüpfen oder wenn sie den Anteil der Produkte erhöhen, die nicht aus dem eigenen Hause kommen. Dies wäre ein erster Schritt. Damit sind die Probleme allerdings noch

nicht behoben. Denn es steht der ESMA frei, Leitlinien zu entwerfen, die die Anforderungen noch einmal zum Nachteil der Institute präzisieren. Diese Leitlinien sind zwar nicht bindend. Dennoch kommt ein Institut kaum daran vorbei, die Regeln einzuhalten. Denn tut es das nicht, muss dies genau begründet werden.

Die Sparkassen müssen sich also auf weitere Diskussionen mit den Regulatoren einstellen. Bis Spätherbst dieses Jahres soll eine Entscheidung gefunden werden. Weiterer Zündstoff für eine Grundsatzdiskussion ist also programmiert.

Frankreich beweist: Mietobergrenzen sind kontraproduktiv

Wie kontraproduktiv gut gemeinte Mietpreisbremsen wirken, zeigt das aktuelle Beispiel Frankreich. Ein per Jahresbeginn in Kraft getretenes Gesetz ließ den Wohnungsbau regelrecht einbrechen, womit sich das Problem des fehlenden Wohnraumes weiter verschärft.

In ganz Europa werden die Klagen über stark anziehende Mieten immer lauter. Und das völlig zu Recht, wie auch die zu Jahresbeginn von der Agenda Austria veröffentlichte Studie „Teurer Wohnen“ belegte. Allein in Österreich steigen die Mieten seit dem Jahr 2005 fast doppelt so schnell wie das allgemeine Preisniveau. Betroffen davon sind in erster Linie Neumieter, allen voran einkommensschwache Jungfamilien.

„Erhöhtes Angebot gegen Mietpreisanstieg“

Während viele Ökonomen noch über die Ursachen stark steigender Mieten streiten, schritt die französische Regierung zur Tat: Wohnraum sollte per gesetzlich verordneter Mietobergrenze in teuren Gegenden für die breite Masse erschwinglicher werden. Präsident Hollande machte also genau das, was hierzulande Vertreter von Arbeiterkammer und einigen politischen Parteien vehement einfordern. Die Folgen des gut gemeinten Eingriffs sind allerdings verheerend: Der Wohnungsbau in Frankreich brach auf das niedrigste



Paris. Der Wohnungsbau in Frankreich brach auf das niedrigste Niveau seit 15 Jahren ein, allein im 2. Quartal wurden um 19 Prozent weniger Neubauten begonnen als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Niveau seit 15 Jahren ein, allein im 2. Quartal wurden um 19 Prozent weniger Neubauten begonnen als im selben Zeitraum des Vorjahres. „Das Baugewerbe befindet sich im absoluten Kollaps“, analysiert der Ökonom

Dominique Barbet von BNP Paribas gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg.

Wie kontraproduktiv Mietpreisbremsen wirken, zeigte unlängst auch eine Studie des eher links

stehenden Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Mietpreisbremsen behandeln nur die Symptome, nicht die Krankheit, so das DIW. Kurzfristig könnten die Preise zwar sinken, langfristig

würden aber die negativen Folgen sowohl für die Vermieter als auch für die Mieter überwiegen. Wird das Preissignal durch gesetzliche Eingriffe außer Kraft gesetzt, bleiben Investitionen aus, weil sich das Vermieten nicht mehr rechnet. Mit der unerfreulichen Folge, dass noch mehr der dringend benötigten Wohnungen fehlen. Frankreich bestätigt dieses Erkenntnis auf unerfreuliche Weise.

Subjektförderung hilft mehr

In den Griff zu kriegen sind stark steigende Mieten übrigens nur mit einem Rezept: einem deutlich höheren Angebot an Wohnungen. Dieses Ziel wird mit Investitionshürden wie immer strengeren Auflagen und Preisobergrenzen nur schwer zu erreichen sein. Wesentlich effektiver ist dem Wohnungsmangel mit dem exakten Gegenteil beizukommen: mit guten Bedingungen für Vermieter und Mieter. Das Argument, dass für viele einkommensschwache Bürger der Wohnraum selbst bei einem steigenden Angebot kaum erschwinglich sei, ist nicht von der Hand zu weisen. Doch auch dieses Problem ist über einen Ausbau der Subjektförderung zu lösen. Also über gezielte Mietzuschüsse. Zumal es höchste Zeit ist, dass der Staat nicht Gebäude fördert, sondern Menschen, die sich die Miete nicht leisten können. -üh-

Sparkassenmitarbeiter drücken die Schulbank

Financial Lietracy in der schulischen Praxis: Um eine ganze Schulklasse für das Thema „Umgang mit Geld“ zu begeistern, drücken Mitarbeiter der Lienzer Sparkasse in der Pädagogischen Hochschule Innsbruck die Schulbank.

Laut Schuldnerberatung Tirol gehen 2 von 3 Kindern und Jugendlichen bewusst mit Geld um und legen sogar Geld auf die Seite. Jeder 3. allerdings tut sich schwer, seine Finanzen im Griff zu halten. Auch wenn Jugendliche mehr Geld zur Verfügung haben als noch vor wenigen Jahren, ist die Tendenz bei der Verschuldung weiter steigend. Das Spitzenfeld der Ausgaben nehmen Freizeitvergnügen, Handys und Kleidung ein. Als Hauptursachen für den übersteigerten Konsum werden Gruppenzwang und aggressive Werbung genannt.

Doch nicht alle unterliegen diesen Verlockungen, was zeigt, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit Geld erlernbar ist. Davon sind die Mitarbeiter der Lienzer Sparkasse seit Jahren überzeugt, halten sie doch in fast allen Gemeinden in Osttirol regelmäßig Schulstunden zum Thema „Umgang mit Geld“ ab. „Eine Klasse zu managen ist aber heute ungleich schwieriger als früher“, betont Anton Klocker, Vorstandsvorsitzender der Lienzer Sparkasse. „Daher wollen wir die Mitarbeiter in der kindgerechten Gestaltung der Gelderziehung noch besser für den Schulalltag ausbilden.“

Weiterbildung in Didaktik

Dazu wurde mit der Pädagogischen Hochschule Tirol ein Schulungsprogramm unter Federführung



VDirektor Anton Klocker (r.) mit den zertifizierten spark7 Jugendbetreuerinnen Stefan Trojer und Melanie Niederklapfer

des Unterrichtsforschers Professor Wolfgang Haupt entwickelt. Seiner Meinung nach ist ein Geldinstitut prädestiniert, Gelderziehung zu leisten. Denn wer hat das nötige Hintergrundwissen, wenn nicht die Sparkassen?

„Wir Lehrer müssen bei diesen Themen oft mit ‚Konservenwissen‘ leben, und hier haben wir Experten, die täglich mit Geld arbeiten. Ein Manko der Praktiker ist aber manchmal, dass sie das Wissen nicht in einer kindgerechten Sprache vermitteln können. Die Sparkasse leistet hervorragende Pionierarbeit, indem sie Mitarbeiter die Möglichkeit zur didaktischen Fortbildung geben“, so der engagierte Lehrer.

Das Konzept der Fortbildung ist so neu wie innovativ. Ausgehend von der Grundüberlegung „Machen die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassen denn alles richtig, wenn sie Schulen besuchen, um den Jugendlichen grundlegende Kenntnisse für einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld zu vermitteln?“

Nach Vermittlung theoretischer Kenntnisse werden Unterrichtsmaterialien für eine Schulstunde entwickelt, die an einer Schule gehalten und im Rahmen der Ausbildung präsentiert und diskutiert werden. Melanie Niederklapfer und ihr Kollege Stefan Trojer, spark7 Mitarbeiter in Osttirol, freuen sich über das gelungene Projekt und sind von der Schulung begeistert. Sie hat ihnen zu mehr Sicherheit bei der Vorbereitung und der Durchführung der Schulstunde verholfen. Zudem können sie nun mit aktuellsten Unterrichtsmaterialien arbeiten. -red-

Den Menschen und der Region verpflichtet

Was zeichnet die Sparkassen aus? Sie lassen sich auch in schwierigen Zeiten nicht von ihrem Kurs abbringen, den Menschen zu helfen. Im Corporate Social Responsibility Bericht der Sparkassen finden Sie alle Projekte, die im letzten Kalenderjahr durch die Sparkassen gefördert oder unterstützt wurden.

Der Gemeinwohlaufrag ist tief in der DNA der Sparkassen verankert, denn seit ihrer Gründung haben die Sparkassen die Menschen in ihren geschäftspolitischen Fokus gestellt. Nicht nur als Sparer oder Kreditnehmer, als Private oder Unternehmer. Die Österreichischen Sparkassen fühlen uns nicht nur dem einzelnen Kunden, der einzelnen Kundin, sondern auch der Gesamtgesellschaft verpflichtet, und das nunmehr schon seit beachtlichen 195 Jahren. Der erwirtschaftete Ertrag fließt teilweise wieder an die Menschen in den Regionen zurück – 2013 waren es mehr als 22,3 Millionen Euro an Gemeinwohlleistungen. -afe-



IN JEDER BEZIEHUNG ZÄHLEN DIE MENSCHEN
Corporate Social Responsibilitybericht 2013

SPARKASSE
Verband Österreich

Der CSR-Bericht der Sparkassen ist unter www.sparkassenverband.at/de/Corporate-Social-Responsibility abrufbar

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Armand Feka, MA, Mag. Helmut Reindl;
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
Diese Ausgabe wurde am 8. 9. 2014 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umlwtpapier.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Seltsame Funkstille

„EZB verschenkt jetzt das Geld“ war einer der Schlagzeilen nach der jüngsten Leitzinssenkung der EZB auf 0,05%. „Das Pulver ist jetzt endgültig verschossen“, war der Tenor der meisten Kommentatoren. Die Wirtschaftspolitik selbst widmet sich im Nachlauf zur überraschenden EZB-Entscheidung intensiv der Diskussion, ob jetzt die unternehmerischen Investoren endlich ihre lang ersehnten Kreditanträge stellen und die Investitionstätigkeit beleben. Keine Frage: Die gegenwärtige Investitionsschwäche in weiten Teilen der EU ist eine der Wachstumsbremsen und vor allem auch psychologisch ein bedenkliches Signal.

Doch auf der „Habenseite“ der Zinspolitik gibt es zumindest ebenso bedenkliche Rahmenbedingungen als Folge der aktuellen Geldflutungspolitik. Die einschlägige Diskussion beschränkt sich jedoch auf das „Mitleid“ mit dem Sparer, den vorerst nur die Aktienmärkte vor Realverlusten seines Geldvermögens einigermaßen zu schützen vermögen.

Eine ganz seltsame Funkstille herrscht jedoch zu einem gravierenden gesellschaftspolitischen Problem, das die aktuelle Niedrigzinspolitik offenkundig werden lässt.

Der längerfristige Aufbau von Reserven für die Eigenvorsorge im Alter oder für die Pflege wird derzeit gehörig verhagelt. Man registriert medial zwar die schrittweise Senkung der Garantieverzinsung in der Lebensversicherung, aber das war es dann schon. Kein Politiker hat in den vergangenen Monaten auf die langfristigen Folgen der aktuellen Zinsbaisse für die private Geldvermögensbildung hingewiesen. Klammheimlich herrscht bei den Regierenden die Freude, dass Sparer und Anleger an der Entschuldung der öffentlichen Haushalte eifrig mitbeteiligt werden. Noch klammheimlicher wird wohl die Hoffnung der Politik sein, dass es die Betroffenen erst möglichst spät merken.

Dieses Ausklammern eines wichtigen Themas beweist wohl eines: Die Eigenvorsorge der privaten Haushalte für Alter oder andere Unwägbarkeiten des Lebens in einer immer älter werdenden Gesellschaft ist im Bewusstsein der meisten Politiker nicht verankert. Aus welchen Gründen auch immer – Ideologie oder mangelndes Wissen über die Zusammenhänge – „greift“ die aktuelle Diskussion dieses Thema nicht an.

Auch bei der Financial Literacy vieler politischer Entscheidungsträger muss man offensichtlich bei Null beginnen. Erst wenn die Zinsen wieder steigen?

-üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Ich glaube nicht, dass Erwin Pröll eine Funktion übernimmt wo ein Vize davor steht“

Der Wiener Bürgermeister und Pröll-Kenner Michael Häupl

„Ein Rücktritt erweist sich für die Bundesregierung als unverhoffte Gnade der zweiten Geburt.“

Walter Hämmerle in der WIENER ZEITUNG

„Auch Niederösterreichs Bestatter sehen manchen Reformbedarf“

Meldung des NÖ-Wirtschaftspresdienstes